

KRIIPPEN- PLÄTZE IN SEEVETAL

DIE QUOTE STEIGT S. 2

DIE ERSTEN MONATE IN BERLIN

SVENJA STADLER S. 4

EIN JUSO IM LAND- KREIS

MEIN WEG ZUR SPD S. 4

NEUES RENTEN- PAKET

MEHR GERECHTIGKEIT S. 6

Landratswahl
Ab 16 seid
ihr dabei!

THOMAS GRAMBOW

**MEHR BÜRGER
HEISST MEIN ZIEL** s.5

BERND LANGE

UNSER KANDIDAT FÜR EUROPA s.7





Infos aus Seebet



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Vor 25 Jahren hatten mutige Menschen in der DDR in einer friedlichen Revolution für ihr freies Selbstbestimmungsrecht gekämpft und sind dafür eingestanden. Dieses konnte auch aufgrund der besonnenen Reaktion der damaligen Staatsoberhäupter in Ost und West

erreicht werden. Heute kann man dieses dem ukrainischen und dem russischen Volk nur wünschen. Es ist an der Zeit, dass miteinander und nicht wie bisher, übereinander geredet wird. Hierfür muss ein freigeschafftes Europa stehen.

Sie haben am 25. Mai die Möglichkeit, durch ihre Stimmabgabe und Wahlentscheidung bei der Europawahl ihren Beitrag zu leisten.

Der Dialog des Miteinanders muss auch Richtschnur im Landkreis Harburg werden. Mit ihrer Stimme für Thomas Grambow, ihrem Bürger-Landrat, können die verkrusteten Strukturen in der Kreisverwaltung aufgebrochen werden und ein echtes Miteinander von Bürgern und Verwaltung erreicht werden.

**Herzlichst Ihr
Andreas Rakowski**

DIE BETREUUNGSQUOTE STEIGT

Svenja Stadler freut sich über neue Krippenplätze in Seebet - gleichzeitig müsse aber die Personalausstattung verbessert werden

Dank des Krippenneubaus für zwei Gruppenräume im DRK-Kindergarten Fleestedt liegt die Betreuungsquote in der Gemeinde Seebet für Kinder bis drei Jahre jetzt bei 40 Prozent. Wenn man die Betreuung durch Tagesmütter und -väter hinzurechnet, werden bereits 55 Prozent erreicht. In der Kita Fleestedt sind zu den bisher vorhandenen 15 Krippenplätzen durch den Neubau 30 hinzugekommen. Svenja Stadler, die den Verantwortlichen im Rahmen der offiziellen Einweihung Mitte Februar persönlich gratulierte, freut sich über die Entwicklung in ihrer Heimatgemeinde: „Der Bedarf an Krippenplätzen ist zwar weiterhin steigend, aber die Gemeinde leistet eine vorbildliche Arbeit und ist aktiv dabei, dem Bedarf so gut wie möglich gerecht zu werden.“

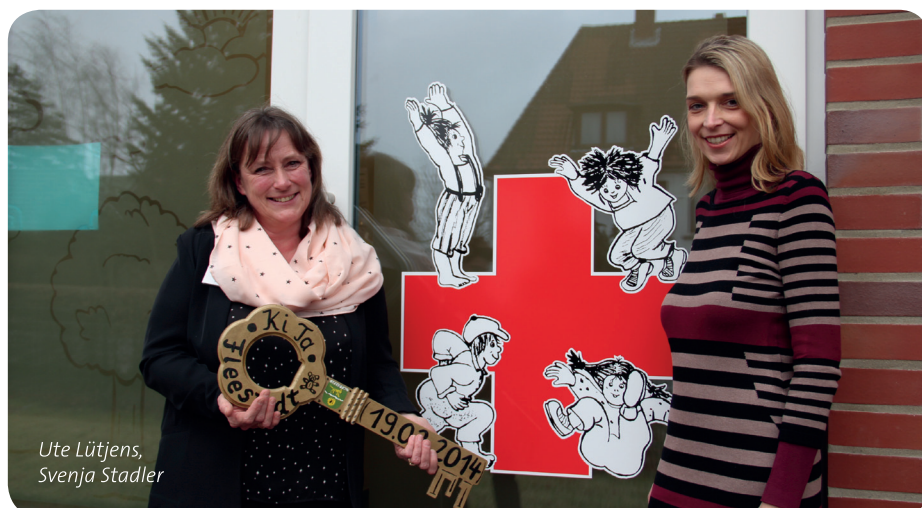
Der Neubau, der innerhalb eines knappen Jahres realisiert werden konnte, hat 760.000 Euro gekostet. Davon trägt die Gemeinde Seebet die Hauptlast, wird aber mit 231.000 Euro vom Bund sowie 45.000 Euro vom Land unterstützt. Augenblicklich gibt es in Seebet damit 260 Krippenplätze. 2015 soll es über 300 Krippenplätze geben. Dazu werden die in Maschen-Heide und Meckelfeld geplanten beitragen. Noch in diesem

Jahr wird Maschen-Heide 15 Plätze einrichten, und bis Anfang 2015 kommen weitere 30 Plätze in Meckelfeld obendrauf.

Bei aller Freude über die zusätzlichen Krippenplätze gebe es im Bereich von Kitas und der Kindertagespflege noch weiteren Handlungsbedarf, weiß Svenja Stadler, Mitglied im Bundesausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. „Neben dem Ausbau der Einrichtungen, der in erster Linie einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie leisten soll, müssen wir in die Qualitätsverbesserung investieren.“ Das sei ihr in Gesprächen mit Kita-Leitungen immer wieder bestätigt worden. Deshalb wolle die SPD eine bessere Personalausstattung, die

Qualifikation und Weiterbildung der Fachkräfte sowie die Fachkräftegewinnung vorantreiben. „Über allem steht – und so haben wir es in den Koalitionsvertrag eingebracht – die Qualitätsverbesserung im Kita-Bereich“, so Stadler, „diese muss garantiert sein, wollen wir den Ansprüchen, die an Kitas und Krippen gestellt werden, gerecht werden.“ Die Qualität in der Kinderbetreuung müsse dem quantitativen Wachstum folgen können. Im Kindergarten Fleestedt wurden im Zuge der neuen Krippengruppe sieben neue Mitarbeiterinnen eingestellt. Roger Grewe, DRK-Kreisgeschäftsführer, bemerkte in seinem Grußwort zur Einweihungsfeier, dass dennoch die Ausbildungskapazitäten mit dem Bedarf kaum Schritt halten könnten.

Wahlkreisbüro Svenja Stadler



Ute Lütjens,
Svenja Stadler



Infos aus Seevetal



WIR UNTERSTÜTZEN DEN SENIORENBEIRAT IN SEEVETAL

berät und unterstützt die staatlichen und kommunalen Stellen sowie die Träger der freien Wohlfahrtspflege. Dabei ist er politisch unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Er kooperiert mit dem Kreis seniorenbeirat und ist Mitglied im Landes seniorenrat Niedersachsen.

Nun kann man von diesem Beirat und seinen einzelnen Mitgliedern nicht immer Schlagzeilen erzeugende Aktionen erwarten, sondern es wirken die einzelnen Mitglieder sehr viel auf kleiner, unterer Ebene. Doch immerhin hat es dieser junge Seniorenbeirat geschafft, dass aufgrund seines Antrages die Ortsratsmittel für die allgemeine Seniorenarbeit angehoben wurden. Weiterhin hat er sich aktiv zusammen mit der Gemeindebücherei für die Gründung der „Seevetaler Medienboten“ eingesetzt, die in diesen Tagen ihre erste Arbeit aufgenommen haben.

Für die Zukunft wird sich unser Seniorenbeirat sicherlich mit einer Vielzahl von Themen beschäftigen. Hierzu mag die Bar-

rierefreiheit öffentlicher Gebäude gehören, wie zum Beispiel bei unseren drei Bahnhöfen, der öffentliche Personennahverkehr, die ärztliche Versorgung oder das immer gravierender werdende Problem einer gewissen Altersarmut mit einem Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Dem wird die Sozialdemokratische Partei selbstverständlich nach besten Möglichkeiten entgegenwirken. Dazu gehört auch, dass möglichen Investoren für barrierefreie Wohnungen im Rahmen der Planungs- und Genehmigungsverfahren entsprechende Unterstützung durch Verwaltung und Rat gewährt wird. Es ist in diesem Zusammenhang erfreulich zu berichten, dass am 6. März dieses Jahres die Firma KerVita ihr modernes Pflegeheim in der Mattenmoorstraße in Meckelfeld eingeweiht hat. Es ist somit das vierte innerhalb der Gemeinde Seevetal. Gern werden wir Sie weiterhin zu dem Thema Seniorenarbeit auf dem Laufenden halten.

Marianne Landeck

Im Sommer 2012 beschloss der Gemeinderat, doch auch in Seevetal einen Seniorenbeirat zu gründen, in den die sechs Ortsräte jeweils drei Personen im Alter von über 60 Jahren delegieren. Dieser Beirat mit seinen 18 Mitgliedern hatte sich im Januar vergangenen Jahres konstituiert und besteht somit bereits seit mehr als einem Jahr. Der Seniorenbeirat wird unabhängig und sachlich den Gemeinderat, die Verwaltung und die Öffentlichkeit auf die Interessenlage und Belange der Seniorinnen und Senioren aufmerksam machen und auf deren Berücksichtigung hinwirken. Er nimmt selbst keine Aufgaben der Altenhilfe wahr, sondern

Infos aus dem Landkreis

ROSEN ZUM WELTFRAUENTAG

Mit einer gern gesehenen Aktion machte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) im Landkreis Harburg am Weltfrauentag, dem 8. März 2014, auf sich aufmerksam. Mitten in der Winsener Fußgängerzone verteilten die engagierten Frauen langstielige, rote Rosen an überraschte Passantinnen. Die Freude war groß – auch bei einigen Herren, die so zuhause mit einem Blumengruß auftrumpfen konnten. Und auch die roten und violetten AsF-Postkarten mit dem Aufdruck „Zicke“ bzw. „Diva“ fanden großen Anklang...

Außerdem wollten viele der Vorbeigehenden wissen, was es mit dem Weltfrauentag eigentlich auf sich hat. Deshalb informierte die AsF auf Schautafeln über die Geschichte dieses speziellen Tages. Darüber hinaus führte das AsF-Team viele interessante Gespräche zu tagesaktuellen Themen wie „Gleicher Lohn für alle“, die Betreuungssituation im Landkreis sowie zur anstehenden Landrats- und Europawahl.

Eine gelungene Aktion, bei der die AsF vom Verein Kinderbetreuung Winsen/Luhe und

Umgebung e.V. unterstützt wurde. Dank dessen Hilfe machten viele Kinder die Winsener Innenstadt an diesem Tag mit Luftballons ein bisschen bunter.

Britta Weimann



Infos aus dem Landkreis

DIE ERSTEN MONATE ALS ABGEORDNETE



Die ersten Monate als Bundestagsabgeordnete sind absolviert. Das Wechselspiel aus Sitzungswochen in Berlin und Wochen, die ich in meinem Wahlkreis verbringe, ist in vollem Gange und

fordert grundverschiedene Herangehensweisen. Während im Bundestag die fachliche Arbeit in Ausschüssen, Fraktion und Plenum und damit der Kontakt mit anderen Politikerinnen und Politikern überwiegt, ist es im Wahlkreis ganz anders. Hier vor Ort halte ich auf unterschiedlichste Weise und aus verschiedensten Anlässen den Kontakt zu den Menschen, die ich als Abgeordnete in Berlin vertreten darf und die in den meisten Fällen keine Politiker sind. Exemplarisch für die Wahlkreisarbeit ist zum einen meine

monatliche Bürgersprechstunde im Winsener Büro, die bisher sehr gut angenommen wird, sowie meine Veranstaltung „Svenja Stadler im Gespräch“, die eine Art Bürgerdialog darstellt. Der fand erstmals im März in Toppstedt (Samtgemeinde Salzhausen) statt. Es kamen 30 Gäste, die in von mir bewusst locker gehaltener Atmosphäre Themen und Anliegen vorbrachten, die wir dann in der Gruppe angeregt diskutierten. Eine wirklich ergiebige Veranstaltung, die ich in diesem Jahr an weiteren Orten im Landkreis anbieten werde. Neben Treffen mit dem Vorstand der Niedersächsischen Landjugend, dem Chef der Arbeitsagentur für den Bezirk Lüneburg-Uelzen, den Superintendenten unserer beiden Kirchenkreise oder der neuen Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises, stattete ich auch dem Frauenhaus in Buchholz sowie den Betreuungsvereinen in Tostedt und Winsen einen Besuch ab. Zum einen, um mit den Verant-

wortlichen ins Gespräch zu kommen, und zum anderen, um deren Arbeit kennen und einschätzen zu lernen. Dabei erfuhr ich z. B., dass Betreuungsvereine von den zuständigen Amtsgerichten mit der Betreuung von erwachsenen Menschen, die aufgrund einer Erkrankung oder Behinderung vorübergehend oder dauerhaft nicht für sich selbst sorgen können, beauftragt werden. Für die Jahresmitte und die Sommermonate plane ich die ein oder andere Hospitanz, u. a. an Einrichtungen im Landkreis, die momentan eine Teilnehmerin oder einen Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) beschäftigen. Dort möchte ich gerne reinschnuppern und die Freiwilligen bei ihrer Arbeit begleiten. Selbstverständlich bin ich dabei auf die Bereitschaft der Einrichtungen angewiesen, habe aber schon ein paar positive Rückmeldungen und hoffe, bald Termine machen zu können. Ich bin jedenfalls sehr gespannt darauf. *Svenja Stadler*

EIN JUSO IM LANDKREIS HARBURG

Neulich wurde ich gefragt, warum ich zur SPD gekommen bin. Viele Politiker haben da sofort eine gut pointierte und unterhaltsame Episode auf den Lippen. Ich habe keine solche Episode. Mein Vater ist stramm links und von meiner Mutter glaube ich, dass sie heimlich CDU wählt. Insofern blieb mir nichts als Feldforschung: gruselige Parteiprogramme lesen, Nachrichten wälzen und mit Leuten sprechen. Die SPD wurde mein politischer Heimathafen. Diesen Hafen verlasse ich oft mit Wut im Bauch: überzogene Sitzungen, Selbstbeweihräucherungsreden, x-fache „ich stimme meinem Vorredner zu,...“-Floskeln und epische Konstituierungen bringen den Kopf zum Dampfen. Treffen sich viele Gremien darum in Gastwirtschaften? Alkohol ist ja ein sozialer Klebstoff. Außerdem haben die aktiven Genossinnen und Genossen dann

auch noch zwei bis drei Positionen inne, von der jede einzelne schon höchste Aufmerksamkeit verlangt. Von Beruf und Familie gar nicht zu sprechen. Wichtige Themen bleiben auf der Strecke. Für mich das wichtigste: Neumitglieder gewinnen. Es ist kein Geheimnis, dass der Altersdurchschnitt der SPD im Landkreis Harburg deutlich zu hoch ist. Doch zwischen Ausschüssen, AG's und Vorständen bleibt kaum noch Zeit, sich Gedanken um die eigene Zielgruppe zu machen. Politische Inhalte zu realisieren, ist anstrengend genug. Wir sind in einer Sackgasse: Die erfahrenen Genossinnen und Genossen sind oft zu alt und eingefahren, um junge Leute zu begeistern. Junge Mitglieder (wie ich) zu wenige, um dauerhaft präsent zu sein. Wer geht schon in eine leere Bar. Doch hat die Sackgasse ein Schlupfloch: wenn wir es schaffen, durch

öffentliche Teilhabe politische Projekte in die Tat umzusetzen, können wir auch künftig die Werte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in einem Rahmen vertreten, der den Bedürfnissen der meisten Menschen gerecht wird. Wir müssen uns weiter öffnen gegenüber denen, für die wir Politik machen. Doch dafür müssen wir Dinge ändern: der Informationsfluss muss verbessert und intensiver aufbereitet werden. Sitzungen sollten eher öffentlich und durch Bürgeranträge oder Foren flankiert werden. Tagesordnungen und Termine sind einzuhalten. Ansprechpartner und politische Prozesse müssen transparent gezeigt werden. Die Amtszeit von Funktionsträgern könnte man zeitlich begrenzen, um mehr Fluktuation auf den jeweiligen Posten zu haben. Die SPD muss darstellen, was sie im Kern ist: eine dem Menschen zugewandte Partei, die sich vor Veränderungen nicht fürchtet.

Heiko Kösling

Infos aus dem Landkreis



"MEHR BÜRGER" HEISST MEIN ZIEL!

Unsere Welt wie auch die Gesellschaft werden sich verändern. Wir werden Lebensmittel wieder zunehmend selbst produzieren und immer mehr von uns werden beschließen, dass sie kein oder zumindest kein zweites eigenes Auto benötigen und stattdessen auf den öffentlichen Nahverkehr setzen. Auf heute „Bio“ soll morgen die „Neo-Ökologie“ folgen, meinen Wissenschaftler. „Neo-Ökologie“ bezeichnet hier, dass wir zunehmend auf effizientes und

nachhaltiges Wirtschaften setzen werden. Hieran werden, meiner Einschätzung nach, nur wenige etwas grundsätzlich aussetzen haben. Zumindest so lange, wie Ängste vor zu großen Einbrüchen, Wohlstandsverlusten oder überhöhten Kosten nicht entstehen. Als Beispiel dafür mag die Energiewende gesehen werden.

NACH DER BIS HEUTE ANDAUERN- DEN ATOMAREN KATASTROPHE VON FUKUSHIMA (JAPAN) IST UNSERE ENERGIEWENDE DIE HIERAUF RICHTIGE ANTWORT

Viele bei meinen Haustürbesuchen ange-troffene Bürger sehen das genauso! Nur, bei heute über 2.000 von der EEG-Umlage befreiten Firmen und damit verbunden immer höheren Stromkosten wächst die Gefahr, nicht weiter auf eine moderne, ökologische Energiegewinnung setzen zu wollen. Dass das aber ein Fehler wäre, auch hie-rüber konnte ich viel Zustimmung erfahren. Und so steht Politik nicht nur in Berlin, son-derern stehen auch wir im Landkreis Harburg vor wichtigen Aufgaben, die in nächster Zeit zu entscheiden sind. Wir müssen entschei-den, wie es bei uns mit Wirtschaft, Verkehr

und im Nahverkehr weitergehen soll oder wie wir unsere Natur erhalten, Tourismus dennoch fördern und auch was die Land-wirtschaft hier im Landkreis Harburg wei-ter zu leisten vermag. Unser Lebensumfeld und unsere Lebensqualität zu sichern, eine Aufgabe die uns nur als gemeinsam ver-standene Aufgabe gelingen wird.

Wenn es also etwas gibt, was sich mit der Landratswahl am 25. Mai ändern muss, dann der Punkt, dass der nächste Landrat als Ideengeber und Moderator zwischen Bürgern, Kreispolitik und der Kreisverwal-tung tätig werden muss. Weiter nur „Ver-waltung“ zu sein, käme einem dann völli-gen Stillstand gleich.

Ein Landrat als Bürger-Landrat! Dafür bin ich seit Januar „On Tour“ im Landkreis Har-burg. Dafür habe ich bis zur Wahl tausende Haushalte besucht. Das ist meine Art, um bei Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, um Vertrauen zu werben und für die Land-ratswahl am 25. Mai um ihre Stimme zu bitten. Denn wie sonst sollte es zu erklären sein, dass im Landkreis Harburg mehr als 200.000 (!) Wählerinnen und Wähler auf-gerufen sind zu entscheiden, wer als Land-rat diese Aufgabe übernehmen soll.

Herzlichst Ihr Thomas Grambow
Ihr Bürger-Landrat

LANDRAT – DAS IST NICHT JOB, SONDERN AUFGABE

Der „Landrat“ ist zum einen Chef der Kreisverwaltung und zum anderen ein Repräsentant des Landkreises Harburg. Ich finde, noch treffender kann er als „Bürger-meister des Kreises“ bezeichnet werden. Einen größeren Anteil seiner Arbeitszeit nehmen externe Termine ein.

Bei Gesprächen in Ministerien in der Lan-des- oder Bundeshauptstadt geht es häu-fig auch um mögliche Fördermittel für den Landkreis oder welche Auswirkungen geplante Gesetzesänderungen oder Vor-haben auf die Praxis vor Ort und damit auf den Landkreis, seine Gemeinden und die Bürgerinnen und Bürger hätten. Landrat

sein, das ist viel mehr als Verwaltungschef zu sein. Daher wird ein „weiter so“ den Still-stand nicht beenden. Für mich findet Land-ratsarbeit wie beschrieben zwischen Bür-gern, Kreispolitik, Kreisverwaltung und den Ministerien auf Landes- und Bundesebe-ne statt. Die Basis aber bleibt der Kontakt und das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Das zu leisten, beeinflussen nicht Studium oder eine langjährig, bereits bekannte Verwaltungstätigkeit. Den Aus-gleich zwischen Einzelinteressen suchen zu wollen, nah- und ansprechbar zu sein, zuverlässig und ehrlich an die Arbeit zu ge-hen, ist das, was ich als Aufgabenstellung heute an einen modernen Landrat sehe.

Ist das, was ich gestern gelernt, heute aus-übe und morgen für Sie als Landrat leisten möchte.

Thomas Grambow



Infos aus der Landespolitik

FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK IN NIEDERSACHSEN WIRD WIEDER AUFGEWERTET

„Endlich wird vom Land Niedersachsen wieder eine aktive Frauen- und Gleichstellungspolitik betrieben“, erklärt der sozial- und gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Uwe Schwarz zum Beschluss der Landesregierung vom 12. Februar 2014 zur Wiedereinrichtung der Abteilung „Frauen und Gleichstellung“ im Sozialministerium des Landes. „Während unter der ehemaligen CDU-FDP-Landesregierung die Gleichstellungsarbeit im Ministerium auf Referatebene herabgestuft und zusammengestrichen wurde, wertet die rot-grüne

Landesregierung die Frauen mit der Einrichtung einer Abteilung „Frauen und Gleichstellung“ wieder auf. Dies unterstreicht den hohen Stellenwert der Frauen- und Gleichstellungspolitik in Niedersachsen“, so Uwe Schwarz weiter. Auch das Sozialministerium mit Ministerin Cornelia Rundt an der Spitze, das zukünftig „Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung“ heißen wird, mache in diesem Zusammenhang deutlich, wie wichtig die Gleichstellung von Frauen und Männern ist. „In den vergangenen zehn Jahren hat Niedersachsen auf dem Weg zur

Gleichstellung der Geschlechter viel Boden verloren. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, Niedersachsen wieder zum Vorbild für eine konsequente Frauenförderung zu machen“, begründet Uwe Schwarz die wichtige Entscheidung der Einrichtung der Abteilung „Frauen und Gleichstellung“. Dazu zählt beispielsweise auch die Novellierung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG), die die seit 2003 eingeführten Verschlechterungen beseitigt und das NGG zu einem wirkungsvollen Instrument aktiver Genderpolitik ausbauen soll. So sollen die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Stellung verbessert und ihre Arbeit gestärkt werden.

René Kopka

Infos aus der Bundespolitik

MEHR GERECHTIGKEIT DURCH DAS NEUE RENTENPAKET

Mit dem vieldiskutierten Rentenpaket der Großen Koalition, welches zum 1. Juli 2014 in Kraft tritt, sollen bisherige Gerechtigkeitslücken geschlossen werden. Grund genug sich die neuen Regelungen genauer anzusehen.

Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren

Durch diese Änderung können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon mit 63 Jahren ohne Abschläge in die Rente gehen. Voraussetzung dafür ist, dass sie vor dem 01. Januar 1953 geboren sind und auf 45 Beitragsjahre kommen. Für alle, die nach diesem Datum geboren sind, erhöht sich die Altersgrenze mit jedem Jahr um zwei Monate. Wer nach dem 01. Januar 1964 geboren ist, kann bei Vollendung des 65. Lebensjahres und 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente gehen. Ziel des Gesetzes ist es, vor allem den Menschen, die mit jungen Jahren ins Arbeitsleben eingestiegen sind und lange in körperlich anstrengenden Berufen, bis zur Grenze ihrer gesundheitlichen Möglichkeiten gearbeitet haben, zu helfen. Neben den Pflichtbeitragszeiten werden auch Zeiten der Pflege, sofern Versicherungspflicht bestand, der Erziehung von Kindern bis zum 10. Lebens-

jahr sowie der Bezug von Lohnersatzleistungen wie Schlechtwettergeld, Kurzarbeitergeld, Leistungen bei Weiterbildung oder Insolvenzgeld angerechnet. Auch Phasen, in denen Arbeitslosengeld I bezogen wurde, werden berücksichtigt. Dauer- und Langzeitarbeitslosigkeit hingegen nicht.

Mütterrente

Mit der sogenannten Mütterrente wird die Erziehung von Kindern, die vor 1992 geborenen sind, bei der Rente stärker berücksichtigt. Besonders Mütter (ggf. auch Väter), die von dieser Neuerung profitieren, erhalten so für jedes Kind einen zusätzlichen Rentenpunkt zu ihrem bestehenden Rentenanspruch. Dadurch erhöht sich die Rente für betroffene Mütter und Väter pro Kind um einen monatlichen Bruttopauschalbetrag von 28,14 Euro in den alten bzw. 25,74 Euro in den neuen Bundesländern. Auf das ganze Jahr gerechnet ergibt sich so ein Bruttoaufschlag von rund 338 Euro in den alten und rund 309 Euro in den neuen Bundesländern. Mit der Regelung soll die erbrachte Erziehungsleistung von Eltern, die vor 1992 Kinder großgezogen haben, stärker gewür-

digt werden, da sie bei weitem nicht die Betreuungsmöglichkeiten hatten, wie sie heutzutage vorhanden sind. Die Betroffenen, die schon Rente beziehen, werden bei der höheren Anrechnung auch berücksichtigt. Insgesamt profitieren vorwiegend etwa 9,5 Millionen Rentnerinnen deutschlandweit von der Mütterrente. Bei einer solchen Größenordnung ist allerdings abzusehen, dass die Abwicklung durch die Rentenversicherungsträger einige Monate dauern wird. Auch wenn die Auszahlung sich aus verwaltungstechnischen Gründen etwas verzögert, erhalten doch alle den vollen Betrag von Juli an. Svenja Stadler

Veranstaltung zur Rente

27.05.2014 um 19:00 Uhr
im Helbachhaus

Infos aus der Europapolitik



LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER,

Europa steckt in einer Krise, und viele Menschen scheinen das Vertrauen in Europa verloren zu haben. Dennoch: Die Europäische Union hat Menschen und Staaten zusammengebracht und ist eine stabile Friedensmacht. Die EU steht für gemeinsame Grundwerte, ist gelebte Demokratie und gehört zu unserem Alltag. Natürlich ist Europa nicht alternativlos, doch angebliche Alternativen zurück zur Nationalstaatlichkeit und Abschottung sind keine Wege, mit denen es den Menschen in Europa besser geht.

Es ist in unserem ureigensten Interesse in Niedersachsen, wenn die Eurozone und die EU stabil bleiben. Die Rückkehr zu nationalen Währungen würde bedeuten, dass die deutschen Exporte sich verteuern

und durch Währungsschwankungen und einen gebrochenen Binnenmarkt unsicherer würden. Über 75% der niedersächsischen Exporte gehen in den EU-Binnenmarkt. Wenn in unseren Partnerländern in der EU keine Investitionen mehr möglich sind, können auch keine niedersächsischen Produkte gekauft werden. Das gefährdet unsere Arbeitsplätze.

Solidarität ist notwendig. Wir vergessen häufig, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg politische und auch finanzielle Solidarität von seinen europäischen Nachbarn erfahren hat. Die Gläubiger verzichteten 1953 auf einen Teil der Schuldensforderungen, darunter: Griechenland, Italien und Spanien.

Als handelspolitischer Sprecher der europäischen Sozialdemokraten setze ich mich besonders für fairen Handel und die Verankerung von Sozial- und Umweltstandards ein. Ich trete außerdem für eine zukunftsorien-

tierte Gestaltung der europäischen Industriepolitik ein. Drei Viertel der europäischen Exporte sind Industrieerzeugnisse. Ein Arbeitsplatz in der Industrie schafft etwa zwei zusätzliche Arbeitsplätze im dazugehörigen Zuliefer- und Dienstleistungsbereich. Mit Forschung, Innovationen und Qualifizierung muss das industrielle Standbein der EU gestärkt werden, um Beschäftigung und Wohlstand zu sichern.

Europa kann nur mit einer anderen Politik besser werden: Klare Regeln für den Kapitalmarkt, Stärkung der Arbeitnehmerrechte und Investitionen in nachhaltiges und qualitatives Wachstum. Dafür brauchen wir in Europa eine sozialdemokratische Mehrheit. Ich bitte Sie am 25. Mai 2014 um Ihr Vertrauen!

Ihr Bernd Lange

PS: Mehr über mich und meine Arbeit erfahren Sie auf meiner Internetseite: www.bernd-lange.de und in meinem Newsletter „Europa-Info“.

EUROPAWAHL 2014

Die Europawahl findet in allen europäischen Mitgliedstaaten in der Zeit vom 22.-25. Mai 2014 statt. Der Wochentag orientiert sich an den traditionellen Wahltagen im jeweiligen Land. In Deutschland ist dies Sonntag – am 25. Mai 2014 ist Wahl.

Die SPD tritt mit einer Bundesliste zur Europawahl an, das heißt: Je mehr Wählerinnen und Wähler ihr Kreuz bei der SPD machen, desto mehr Abgeordnete der SPD werden dem Europäischen Parlament angehören. Das bedeutet aber auch: Je mehr Stimmen auf die SPD entfallen, desto besser sind die Chancen für den SPD-Spitzenkandidaten Martin Schulz, zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt zu werden. Unser Europa-Kandidat Bernd Lange ist Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD und steht auf Platz 5 der Bundesliste.

Manfred Lohr



TERMINE

Jeden 1. Montag im Monat:
Stammtisch Meckelfeld im
Helbach-Haus um 19:30 Uhr

Jeden 1. Montag im Monat:
Stammtisch Fleestedt im
Fleester Hoff um 19:30 Uhr

Jeden 2. Mittwoch im Monat:
Stammtisch Hittfeld im
Gambrinus um 19:30 Uhr

**Aktuelle Termine finden Sie
auch im Internet unter:
www.spd-seevetal.de**

IHRE ANSPRECHPARTNER

Hittfeld, Emmendorf,
Helmstorf, Lindhorst:
Wolfgang Wöbken,
Telefon: 04105 - 400 58

Meckelfeld, Klein-Moor:
Thomas Matull,
Telefon: 040 - 768 14 71

Fleestedt, Glüsing, Beckedorf,
Metzendorf:
Helmut Schild,
Telefon: 04105 - 3371

Maschen, Horst, Hörsten:
Hans-Jürgen Lühmann,
Telefon: 04105-816 65

Ohlendorf,
Ramelsloh, Holtorfsloh:
Jan Eckel
Telefon: 04185 - 32 91

Over, Bullenhausen, Groß-Moor:
Andrea Conrad
Telefon: 040 - 761 15 222

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Seevetal
Redaktion: Andreas Rakowski V.i.S.d.P.,
Anja Eckel, Jan Eckel, Marianne Landeck,
Sabine Schulz, Svenja Stadler
Layout & Satz: www.tinieckardt.de
Leserzuschriften an: SPD Seevetal,
Schwalbenweg 7, 21220 Seevetal
E-mail: vorstand@spd-seevetal.de
Auflage: 15.000 Exemplare

3 Fragen an... Günter Schwarz



Günter Schwarz mit Familie

1 Welches war das wichtigste Projekt, das während Ihrer Amtszeit verwirklicht wurde?

In meiner Amtszeit sind in Seevetal viele wegweisende Projekte realisiert worden. Ich nenne stichwortartig einen Teil der Entwicklungsschritte, die mir besonders am Herzen lagen: Enorme Investitionen hat es in den Politikfeldern Bildung und Kinderbetreuung gegeben. Zwei neue Kindertagesstätten in Ramelsloh und Bullenhausen sowie neun neue Krippen konnte ich einweihen. Im Schulbereich haben wir investiert und umorganisiert und werden nach den Sommerferien die vierte Grundschule im offenen Ganztagsbetrieb haben. Erfolgsgeschichten waren auch die beiden neuen Wohngebiete Wittenberger Feld und Domherrengarten sowie die tolle Entwicklung der beiden Gewerbegebiete in Beckedorf und Maschen. Im Bereich der Nahversorgung haben wir für unsere Ortszentren Meckelfeld, Maschen, Hittfeld und Fleestedt enorme Verbesserungen erreicht. Millioneninvestitionen hat es in die Sportstätteninfrastruktur gegeben. Unsere Hallenbäder in Hittfeld und Maschen wurden saniert, eine moderne Zweifeldhalle in Hittfeld gebaut und für ein Sportzentrum Seevetal in Fleestedt die Voraussetzungen für eine zeitnahe Realisierung geschaffen. Ähnlich aktiv waren wir im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes mit Maßnahmen zur Schaffung einer zeitge-

mäßen Gebäude- und Fahrzeuginfrastruktur. Diese Beispiele können nur einen Ausschnitt der Geschehnisse während meiner Amtszeit als Bürgermeister darstellen. Kompliment von mir an alle, die an der Ergebnislage aktiv mitgewirkt haben.

2 Manche Politiker tun sich schwer, nach langer Amtszeit loszulassen.

Geht es Ihnen auch so ... oder anders gefragt, was vermissen Sie am meisten aus Ihrer Amtszeit?

Nach meiner „unter die Haut gehenden“ Verabschiedung erlebte ich die schwierigste Phase meiner neuen Situation. 45 Jahre war ich stets mit beruflichen Aufgaben konfrontiert, in denen es zur Sache ging. Höhepunkt natürlich die letzte große berufliche Herausforderung als Bürgermeister unserer Gemeinde. Jetzt nach 6 Monaten im Ruhestand bin ich zuversichtlich, die Kurve gekriegt zu haben. Die unendlich vielen, netten und zum Teil auch aufregenden Begegnungen, die es 7 Tage in der Woche mit Bürgerinnen und Bürgern und den Partnern aus Politik, Wirtschaft und Verbänden in unserer Region gab, hinterließen zunächst ein ganz schön großes Loch. Zwischenzeitlich habe ich zu den bereits vorhandenen einige neue ehrenamtliche Aufgaben übernommen, die die Lücke etwas kompensieren.

3 Was für Pläne haben Sie für die nächste Zeit?

Ich werde mich auf ehrenamtlicher Basis auch weiterhin für das Wohl meiner Heimatgemeinde engagieren. Dazu werde ich auch lernen wollen, es zu genießen, terminlich nicht immer nur von außen ferngesteuert zu werden. So wird in der Zukunft endlich auch die Familie etwas mehr Zeit mit dem Ehemann, dem Vater und Opa erleben können. In dieser Frage habe ich einiges nachzuholen. Da der Umstellungsprozess noch nicht ganz abgeschlossen ist, bin ich sicher, dass diese paar Beispiele noch nicht das Endergebnis meiner zukünftigen Lebensschwerpunkte widerspiegeln.